



BACH & PARTNER

PDS

Zimmers Altkader

Die Bundesvorsitzende der PDS, Gabi Zimmer, scharft altgediente SED-Funktionäre um sich, darunter den früheren DDR-Außenminister Oskar Fischer. „Zonen-Gabi“ (Parteispott), die sich selbst bislang zum Reformlerlager der Partei rechnete, berief den Altkader in einen 34-köpfigen „Ältestenrat“, der die PDS-Chefin in Zukunft beraten soll. Fischer, von 1975 bis 1990 Außenminister der DDR, wurde einer der Sprecher des Gremiums, dessen Mitgliederverzeichnis sich wie ein Who's Who der SED liest. Zu Zimmers Seniorenclub gehören außerdem der einstige Protokollchef des SED-Politbüros Edwin Schwertner, der Spre-



ILLUSTRATION

ACTION PRESS

Zimmer (Kreis, o.) bei PDS-Kranzniederlegung, Wolff mit Honecker (Mitte), Krenz mit Fischer (u.)

cher der „Kommunistischen Plattform“ Heinz Marohn, das frühere ZK-Mitglied Manfred Wekwerth, der SED-Maler Willi Sitte sowie Friedrich Wolff, der Rechtsanwalt Erich Honeckers. Der Rat, der alle drei Monate zusammenkommt, soll der Parteichefin bei der „Wertung historischer Ereignisse“ und der „Gestaltung sozialistischer Politik heute“ behilflich sein. 1990 hatte der damalige SED-PDS-Chef Gregor Gysi bereits einen „Rat der Alten“ mit rund 15 Mitgliedern gegründet. Vor der Öffentlichkeit wurde die Altherrenriege, die nicht mehr ins Image der Reformer passte, jedoch zunehmend versteckt. Das ist auch heute so – eine Interview-Anfrage an Ratsprecher Fischer wurde von Zimmers Büro abschlägig beschieden: „Herr Fischer gibt grundsätzlich keine Interviews.“

PARLAMENT

SPD gegen SPD

Nach heftigen internen Auseinandersetzungen hat sich die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion dazu entschlossen, wegen der umstrittenen Bürodurchsuchung bei einem ihrer Mitarbeiter im Februar nun doch Organklage beim Bundesverfassungsgericht (BVG) gegen Parlamentspräsident Wolfgang Thierse (SPD) zu erheben. Die 13 Sozialdemokraten im Spenden-Untersuchungsausschuss, angeführt von Obmann Frank Hofmann, sehen durch die von Thierse genehmigte Durchsuchung und durch die Beschlagnahme von Unterlagen ihre Abgeordnetenrechte verletzt. Die Absicht zu klagen war innerhalb der SPD höchst umstritten, weil die Parlamentarier zwar formal gegen das Staatsorgan Bundestagspräsident vor Gericht ziehen wollen, Amtsinhaber Thierse aber zugleich stellvertretender SPD-Vorsitzender ist. Aus Furcht vor negativen Schlagzeilen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg hatte Fraktionschef Peter Struck die Klage im März deshalb zurückgestellt. Nun hat sich jedoch die Gruppe um Fraktionsjustiziar Hermann Bachmaier durchgesetzt, die den Fall wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung vom BVG klären lassen will. Zuvor hatten die Karlsruher Richter signalisiert, dass eine bereits eingereichte Verfassungsbeschwerde (SPIEGEL 13/2001) aus formalen Gründen abgelehnt werden könnte. Für eine Entscheidung in der Sache bedürfe es wohl einer Organklage. Diese soll nun bis Mitte Juli vorgelegt werden. Das Urteil wird nicht vor Anfang 2002 erwartet.

BENZIN

Fehlende Fußnote

Bundesumweltminister Jürgen Trittin wird bei der nächsten Sitzung des EU-Umweltrates gegen ein drohendes Verbot von Normalbenzin ab dem Jahre 2005 votieren. Der jüngst vorgelegte Vorschlag der EU-Kommission für die Neufassung der „Kraftstoff-Richtlinie“ 98/70/EG zur Förderung schwefelarmer Kraftstoffe läuft auf das Verbot von Normalbenzin hinaus – weil eine Fußnote im Text entfallen ist. Die hätte weiterhin den Verkauf von Normalbenzin gestattet, mit dem in Deutschland rund ein Drittel aller Kraftfahrzeuge betankt werden. Ein Umstieg auf den teuren Super-Kraftstoff würde die

Autofahrer nach Schätzungen der Mineralölindustrie mit einer halben Milliarde Mark jährlich belasten. „Wir können uns nicht erklären“, so ein Experte des Berliner Umweltbundesamtes, „wieso die Regelungen für das Normalbenzin entfallen sind.“ Intern hat die Regierung



Tankstelle (in Hamburg)

A. VOSSBERG / PLUS 49

schon vergangene Woche eine windelweiche Auskunft der EU-Kommission zum Fußnotenschwund bekommen: Es handelte sich doch lediglich um einen Vorschlag.